STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 6 / Fachbereich 6 - Stadtplanung und Bauordnung

Sitzungsvorlage

Datum: 12.10.2021

Drucksache Nr.: **21/0452**

Beratungsfolge Ausschuss für Mobilität	Sitzungstermin 11.11.2021	Behandlung öffentlich / Entscheidung
--	-------------------------------------	--

Betreff

Abstimmung der Inhalte des Ergänzungsauftrags zur "Korridorstudie Linie 66"

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Mobilität beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis eine Auftragsenerweiterung zur „Korridorstudie Linie 66 Sankt Augustin“ mit den nachfolgend dargestellten Inhalten zu beauftragen.

Sachverhalt / Begründung:

In der Sondersitzung des Ausschuss für Mobilität zur „Korridorstudie Linie 66 Sankt Augustin“ am 14.09.2021 haben die Ausschussmitglieder weitergehenden Untersuchungsbedarf zu verschiedenen Aspekten der Studie angemeldet. Die Verwaltung hat auf Grundlage der Protokollnotizen die Untersuchungswünsche zu einem Arbeitsprogramm zusammengefasst, das als Auftragsenerweiterung zur „Korridorstudie Linie 66 Sankt Augustin“ beauftragt werden soll.

Arbeitsprogramm (stichwortartig):

Layout:

Prognosejahr: 2030

Der Untersuchungsraum wird für die Auftragsenerweiterung auf den Korridor von der Mendener Straße (K 2) bis zur Husarenstraße ausgeweitet. Der besondere Fokus wird auf die Optimierung der Bahnübergänge mit den korrespondierenden Knoten gelegt.

Vergleichsszenarien:

1. Unveränderter Stadtbahnfahrplan und unveränderte Infrastruktur (= Nullfall/Ohnefall)
2. Taktverdichtung bei unveränderter Infrastruktur
3. Taktverdichtung mit empfohlenem Umbau Kreuzung B 56/Arnold-Janssen-Straße (Relation Menden→Siegburg ausschließlich über Ost-West-Spange; zweistreifiges Linksabbiegen Hangelar→Menden)
4. Taktverdichtung mit vollständiger Schließung des Bahnübergangs Arnold-Janssen-Straße für den motorisierten Individualverkehr (als Vergleich zur Beurteilung eines Szenarios mit maximaler Nutzung der Ost-West-Spange)

Prüfaufgaben:

- Aufzeigen von Optimierungsmöglichkeiten durch geänderte Signalsteuerungen an den vor Bahnübergängen liegenden Knotenpunkten (insbes. B 56/Arnold-Janssen-Straße; hier u. a.: Weiterführung des Programmablaufs nach Schrankenschließung ab Programmabbruch statt Neustart).
- Vertiefte Prüfung von Optimierungsmöglichkeiten an allen Bahnübergängen von der Husarenstraße bis zur K 2.

Untersuchungstiefe:

Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse müssen Handlungsempfehlungen abgeleitet und begründet werden. Diese bilden die Basis für die Entscheidungen über das weitere Vorgehen.

Sonstiges:

Um die Belange der von den Planungen betroffenen Organisationen direkt zu berücksichtigen, sollen der Landesbetrieb Straßen NRW und die SWBV bzw. die SSB einbezogen werden.

Kosten:

Die Kosten für die ergänzenden Untersuchungen sind derzeit nicht bezifferbar und werden nach Beschluss (mit eventuellen Änderungen am Arbeitsprogramm) genauer ermittelt. Insofern stellt der angegebene Kostenanteil der Stadt Sankt Augustin in Höhe von 25.000 Euro nur eine sehr grobe Schätzung dar, die vom tatsächlichen Wert u. U. erheblich abweichen kann. In jedem Fall werden die Kosten die noch verfügbaren Mittel im Verkehrsplanungsetat übersteigen. Es wird geprüft, ob ggf. in deckungsfähigen Budgets noch ausreichende Haushaltsmittel verfügbar sind, wodurch möglicherweise die unten angegebene Notwendigkeit der überplanmäßigen Mittelbereitstellung entfallen kann.

In Vertretung

Rainer Gleß
Technischer Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
- hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf 25.000 €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 - über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 - über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
- Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.